

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 18.06.2020, 18:00 Uhr im Aula der Städtischen Realschule, Gillesweg 1, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Bericht des Behindertenbeauftragten
Vorlage: 1914/2020
2. Verwendung der Integrationspauschale
Vorlage: 1915/2020
3. Durchgehender OGGs-Betrieb in den Sommerferien, alternativ Einführung von Ferienspielen in der zweiten Hälfte der Sommerferien
Vorlage: 1920/2020
4. Berichte der Verwaltung
Vorlage: 1917/2020
5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Erstellung und Fortschreibung eines differenzierten Raumbelegungsnachweises der städtischen Grundschulen
Vorlage: 1918/2020
6. Beratung und Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen sowie zur Art und dem Umfang der Nutzung beim Anbau eines Bürgerhauses an die Turnhalle in Teveren
Vorlage: 1921/2020
7. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Hans-Jürgen Benden

Mitglieder

2. Marko Banzet
3. Karola Brandt
4. Christa Butenschön
5. Jennifer Diederichs
6. Theresia Hensen
7. Michael Kappes
8. Nils Kasper
9. Leonhard Kuhn
10. Stefan Mesaros
11. Lars Speuser
12. Ruth Thelen
13. Heinz-Josef von St. Vieth
14. Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

15. Uwe Böken
16. Peter Pauli

Sachkundige/r Bürger/in

17. Sonja Engelmann
18. Franz-Peter Fröschen
19. Frank Paulus
20. Manfred Peter
21. Heinz-Arno Plum
22. Jens Steegers
23. Werner Thamer

von der Verwaltung

24. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
25. Anja Wallbaum
26. Yvonne Wolf

Protokollführer

27. Andrea Brockmann

Es fehlten:

28. Jürgen Pallaske
29. Gabriele Kaspers
30. Bernhard Kozikowski
31. Pfarrerin Anne Lungová

Der Ausschussvorsitzende Benden eröffnete um 18.00 Uhr die 19. Sitzung des Ausschusses und begrüßte die anwesenden Mitglieder, Gäste, Zuschauer und Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung seien nicht erhoben worden. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

Herr Fröschen wurde als sachkundiger Bürger in feierlicher Form verpflichtet.

Herr Benden teilte mit, dass sich Herr Pallaske, Herr Kozikowski sowie Frau Kaspers entschuldigt hätten.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung beantragte Herr Weiler die Absetzung des Tagesordnungspunktes 6 – Beratung und Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen sowie zur Art und dem Umfang der Nutzung beim Anbau eines Bürgerhauses an die Turnhalle in Teveren. In der letzten Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 26.05.2020 sei bereits die Planung des Anbaus an einen Architekten vergeben worden, da bereits die Förderung von der Bezirksregierung Köln bewilligt und die Zuweisung in Höhe von 250.000 € geflossen sei. Die ortsansässigen Vereine hätten sich schon hinsichtlich Ihrer Vorstellungen abgestimmt. Man solle die Planungen des Architekten abwarten.

Darauf entgegnete Herr Benden, dass nach der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse der Stadt Geilenkirchen der Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur u.a. für Seniorenbetreuung, Angelegenheiten der Sport- und Kulturpflege und die Förderung der Kulturarbeit sowie des Sports und der Planung, dem Bau und der Ausstattung von Freizeitsporteinrichtungen zuständig und somit zwingend zu beteiligen sei. Der BSSK sei als Fachausschuss in der Vergangenheit mehrfach übergegangen worden, so z.B. bei den Planungen der Schulraumerweiterung an der Gemeinschaftsgrundschule Gillrath. Da bei dem Anbau des Bürgerhauses auch die gesellschaftlichen sowie kulturellen Belange in Betracht gezogen werden müssten, sollten diese dem Architekten als Voraussetzungen und Anforderungen für seine Planungen mit auf den Weg gegeben werden. Herr Benden bemängelte, dass der Fachausschuss ansonsten seine Aufgaben nicht wahrnehmen würde.

Sodann wurde über den Antrag der CDU zur Absetzung des Tagesordnungspunktes abgestimmt. Mit 8 Nein-Stimmen zu 11 Ja- Stimmen wurde der Tagesordnungspunkt 6 von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 1 Bericht des Behindertenbeauftragten Vorlage: 1914/2020

Herr Pütz berichtete, dass er in den vergangenen Monaten trotz der Corona-Einschränkungen nicht untätig gewesen sei. Viele Angelegenheiten hätten über telefonischen Kontakt geregelt werden können.

Da die Janusz-Korczak-Schule in Hünshoven zu einem Geschäftskomplex umgebaut werde, befinde sich an der Kreuzung Hünshovener Gracht / Jülicher Straße eine große Baustelle. Hier würde er das Lob weitergeben wollen, dass diese wohl stets vorbildlich aufgeräumt sei, so dass sich bislang keine großen Probleme hinsichtlich der Barrierefreiheit ergeben hätten. Zwischenzeitlich aufgetretene Probleme wären umgehend gelöst worden. In Fachzeitschriften habe es sogar Presseberichte über diese vorbildliche Baustelle gegeben.

Die Gestaltung des Bahnhofs Geilenkirchen sei schon lange ein Thema, welches aufgrund der andauernden Verschiebungen immer wieder angesprochen und angestoßen werden müsse. Bei der letzten Besprechung im September 2019 seien seitens der Deutschen Bahn (DB) Versprechungen gemacht worden, dass die Aufzüge nur noch montiert werden müssten und nur noch ein entsprechendes Kabel für die Stromversorgung gelegt werden müsse. Seitdem sei nun über ein halbes Jahr vergangen, an der unhaltbaren Situation habe sich jedoch nichts verbessert. Auf weitere Nachfrage bei der DB sei Herr Pütz zuletzt auf das Ende der Gesamtbauphase, also auf Ende 2021 vertröstet worden. Dort fühle sich niemand zuständig. Aufgrund dessen solle es noch diesen Sommer ein Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Oellers, Zuständigen der DB sowie Herrn Pütz geben.

Die Eisenbahnunterführungen in Leiffarth und Würm seien ebenfalls nicht barrierefrei und zu schmal. Im Zuge deren Erneuerung sei ein Gespräch mit der Stadtverwaltung (Herr Scholz), dem WVER sowie Herrn Pütz angedacht um eine Lösung für eine Verbreiterung finden zu können.

Positiv zu berichten wusste Herr Pütz, dass der Zugang zum Gebetsraum in der Kirche St. Marien erst auf sein engagiertes Streben hin sowie einem gemeinsamen Ortstermin mit dem Bistum und dem Architekten verbreitert wurde. Nun könnten auch Menschen, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind, diesen erreichen.

Weiterhin seien verschiedene neue Behindertenparkplätze im Stadtgebiet entstanden.

Die Planungen zur Umgestaltung des Wurmauenparks würden voranschreiten. Hier habe er die Hoffnung, dass frühzeitig Belange zur Barrierefreiheit einbezogen werden würden.

Insgesamt sei seine Arbeit oftmals mit einer „Holschuld“ verbunden, da er erst von Betroffenen auf Missstände aufmerksam gemacht würde. Er müsse feststellen, dass er in viele Vorhaben überhaupt nicht oder erst sehr spät einbezogen werde. Die Kompetenz und auch Wichtigkeit dieser Funktion müsse gestärkt werden.

TOP 2 Verwendung der Integrationspauschale Vorlage: 1915/2020

Frau Wolf als Integrationsbeauftragte der Stadt präsentierte die Verwendung der Integrationspauschale seit dem 01.01.2019 (s. Anlage).

Aufgrund der Corona-Krise seien geplante Projekte in den vergangenen Monaten nicht realisierbar gewesen. Diese konnten teilweise verschoben werden.

Der Bund habe aufgrund dessen den Förderzeitraum bis zum 30.11.2021 verlängert. Die Mittel könnten in dieser Zeit genutzt werden.

Zur Erarbeitung der Themenschwerpunkte sei eine Abfrage am Runden Tisch erfolgt. Insgesamt würden Kinder den Schlüssel zu einer gelungenen Integration darstellen, da diese einfacher eine neue Sprache erlernen könnten und diese dann in die jeweiligen Familien transportierten.

Bislang würde jede Kommune im Kreisgebiet eigene Projekte aufstellen und nach Lösungen für individuelle Problemstellungen suchen. Das kommunale Integrationszentrum des Kreises Heinsberg stelle nun eine Anlaufstelle für die Kommunen dar. Somit könne eine Bündelung der Ressourcen und Vernetzung untereinander erreicht werden.

Hinsichtlich der Förderzwecke habe der Fördergeber klare Vorgaben gemacht. So dürften beispielsweise Geflüchtete nicht doppelt von verschiedenen Fördermaßnahmen aus verschiedenen Förderprogrammen profitieren (Doppelförderung). Zudem gebe es die Vorgabe, dass der Anteil der geflüchteten Teilnehmer jeweils mind. 51 % betragen müsse. Dies sei gerade bei Projekten, die in Schulen angeboten werden sollen, schwierig. Diese Projekte würde man im jeweiligen Klassenverband durchführen wollen, die Quote könne dort jedoch nicht immer erreicht werden.

Herr Pütz erkundigte sich, ob auch Kinder mit Behinderung von diesen Projekten profitieren könnten. Dies bejahte Frau Wolf. Hier gab Herr Pütz den Hinweis an die anwesenden Schulleiter, dass auch mit der Unterstützung von GIPS (Gehandicapten Informatie Projekt Scholen) Programme aufgelegt werden könnten.

Frau Thelen fragte nach, ob man sich hinsichtlich der Doppelförderung damit in einer Konkurrenz zu Förderprogrammen des BAMF befände. Dies bestätigte Frau Wolf. Anerkannte Geflüchtete könnten Maßnahmen besuchen, die von dort gefördert werden. Diese Personen dürften dann jedoch nicht an Projekten teilnehmen, die anderweitig finanziert würden.

TOP 3 Durchgehender OGGs-Betrieb in den Sommerferien, alternativ Einführung von Ferienspielen in der zweiten Hälfte der Sommerferien Vorlage: 1920/2020

Frau Wolf berichtete, dass zunächst Planungen für einen erweiterten OGGs-Betrieb in den Sommerferien erfolgt seien. Diese seien jedoch aufgrund der coronabedingten unklaren Situation der Notbetreuung gescheitert.

Kurz darauf habe sich Herr Böken (Schulleiter der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule (ALG)) gemeldet um in Kooperation mit der ALG ein Programm für Ferienspiele zu organisieren. In Zusammenarbeit mit dem Zille sowie dem Kommunalen Integrationszentrum Kreis Heinsberg habe man nun für die zweite Hälfte der Sommerferien ein drei-wöchiges Programm aufstellen können. Zielgruppe seien alle Grundschüler sowie die 5. Klassen der ALG. Die Teilnahme sei kostenfrei. Der ausgeteilte und in der Anlage beigefügte Flyer informiere über das geplante Programm (montags- freitags, jeweils 8-16 Uhr), wobei in der aktuellen Situation keiner abschätzen könne, ob dies auch so umgesetzt werden könne.

Die Mottos der einzelnen Wochen und die jeweiligen Planungen wurden vorgestellt. Man habe stets die geltende Corona-Schutzverordnung berücksichtigt, sich jedoch von den Eltern unterschreiben lassen, dass beispielsweise bei der Fahrt mit der Selfkantbahn die Abstandsregelung nicht eingehalten werden könne und daher während der Fahrt eine Mund-Nasen-Bedeckung von den Kindern zu tragen sei. Zudem könne ein gewisses Restrisiko einer Ansteckung nicht ausgeschlossen werden.

Für alle Kinder werde es täglich ein Frühstück sowie ein Mittagessen (entweder als Lunch-Paket oder als warmes Essen in der Kantine der ALG) geben. Der Anmeldeschluss sei am 12.06.2020 gewesen, so dass alle Schulen und Eltern die Möglichkeit bekommen hätten sich zu informieren und anzumelden. Insgesamt wären 95 Kinder angemeldet, die zum Teil sogar alle drei Wochen teilnehmen sollen. Zudem seien genügend Betreuer für die Kinder dabei, dass diese Anzahl von Kindern angenommen werden könnte und kein Kind unberücksichtigt bliebe. Unter den genannten Kindern seien auch solche mit Behinderung, entsprechendes Fachpersonal werde deren Betreuung sicherstellen.

Für diese Planungen und das tolle Programm gab es allseits viel Lob für Frau Wolf und die Beteiligten.

Frau Gärtner vom Zille gab dazu bekannt, dass im Zille ebenfalls Ferienspiele und ein Programm für 12-27-Jährige stattfinden würden.

Herr Klein verließ nach diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung.

TOP 4 Berichte der Verwaltung Vorlage: 1917/2020

Herr Benden bemerkte zu dem ersten Punkt der Vorlage an, dass die Verwaltung sowie der Krisenstab des Kreises Heinsberg sicherlich viel Arbeit während der Corona-Krise zu erledigen hätten, man trotzdem noch einmal dort bzgl. eines Gesprächs anfragen möge.

Herr Weiler äußerte die Möglichkeit im kommenden Jahr entweder zwei Schuljahrgänge im Projekt „Mathe schützt nicht vor Ertrinken!“ einzubeziehen oder den aktuellen Jahrgang beizubehalten, so dass sich die Zielgruppe von der 2. auf die 3. Klasse verschieben würde.

Zum dritten Punkt vermeldete Frau Wallbaum eine Veränderung der Anmeldezahlen für die Realschule. Dort seien mittlerweile 70 Kinder angemeldet, so dass ggf. 3 Klassen eingerichtet werden würden.

In Ergänzung zu den Ausführungen der Vorlage berichtete Frau Wallbaum über die Arbeit des Amtes für Schule, Sport und Kultur während der Hochzeit der Corona-Krise.

Die Schulschließung ab dem 26.02.2020 sowie die seitdem erfolgten Maßnahmen zur Lockerung und Wiederaufnahme des Schulbetriebes seien in der Regel sehr kurzfristig vom Landesgesetzgeber erfolgt. Dadurch wären Informationen oftmals bereits in den Medien publik gemacht worden bevor entsprechende schriftliche Informationen bei den ausführenden Stellen angekommen seien.

Daneben hätten die sich stetig ändernden Anforderungen an Hygienestandards und –konzepte die Planung und Organisation der entsprechenden Mittel erschwert. Erst kurz vor der Öffnung der Schulen sei das benötigte Material angekommen, welches nur mit Hilfe aus der gesamten Verwaltung rechtzeitig verteilt werden konnte.

Alle kulturellen Veranstaltungen seien zunächst, wenn möglich, verschoben worden. Viele seien mittlerweile gänzlich abgesagt worden. Der ursprünglich geplante Klaviersommer im Haus Basten solle im Herbst im Wurmauenpark in abgewandelter Form trotzdem stattfinden, entsprechende Informationen würden bald bekannt gegeben werden.

Auch auf den Sport und die Nutzung der Sportstätten habe sich Corona ausgewirkt. Kurzfristig sei das Gelobad geschlossen worden. Seit dem 09.06.2020 sei dieses wieder eingeschränkt geöffnet. Zur Einhaltung der entsprechenden Hygienekonzepte sei ein höherer Personalbedarf gegeben.

Ebenso dürften aktuell nur maximal 58 Personen Eintritt gewährt werden. Das Sportbecken und das Vario-Becken könnten genutzt werden.

Lockerungen für den Breitensport gäbe es seit dem 11.05.2020.

Hierzu erkundigte sich Herr Speuser, ob es diesbezüglich eine Information für die jeweiligen Vereine gäbe, ein Konzept zur Nutzung der jeweiligen Sportstätten und Räumlichkeiten sei vorgeschrieben. Frau Wallbaum bestätigte, dass solche Konzepte für Dusch- und Waschräume vorgelegt werden müssten. Das Amt 40 würde bei Fragen zur Verfügung stehen. Herr Speuser fragte speziell nach, ob dies auch für Gesellschaftsräume gelte. Dies sei im Speziellen zu klären, da es für die verschiedenen Branchen (z.B. Musik- oder Gesangsvereine) strengere Auflagen gebe, erläuterte Frau Wallbaum.

Herr Peter erfragte, ob es schon Informationen zum Schulbetrieb nach den Sommerferien gebe. Frau Wallbaum antwortete, dass es hierzu keine neuen Informationen gebe. Aktuell gehe man davon aus wieder im Regelbetrieb starten zu können.

Frau Thelen bat um Auskunft darüber, wie die Schulen digital aufgestellt seien. Aufgrund der Corona-Krise habe sich ein Handlungsbedarf herausgestellt. Frau Wallbaum gab an, dass die Grundschulen durchweg mit W-LAN ausgestattet seien, dies sei mit Mitteln des Programms „Gute-Schule-2020“ realisiert worden. Weiteres werde durch das Förderprogramm „Digitalpakt“ erfolgen. Man sei bei der Vorbereitung der Beantragung, diese sei sehr umfangreich. Zudem sei geplant, dass den Schülern Endgeräte zur digitalen Nutzung zur Verfügung gestellt werden sollen. Zur erfolgreichen Umsetzung müsse man jedoch bedenken, dass auch ein Internetzugang vorhanden sein und das technische Know-How zur Nutzung und Anwendung vorliegen müsste.

**TOP 5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Erstellung und Fortschreibung eines differenzierten Raumelegungsnachweises der städtischen Grundschulen
Vorlage: 1918/2020**

Frau Thelen stellte die Hintergründe des Antrages heraus. Im Hinblick auf den kommenden Rechtsanspruch auf OGS-Betreuung solle schon frühzeitig mit den entsprechenden Planungen begonnen werden. Da der Antrag in der ausgefallenen Sitzung am 12.03.2020 beraten werden sollte, sei das Datum im 3. Unterpunkt der Beschlussfassung auf das Datum der nächsten Sitzung, dem 12.11.2020, abzuändern.

Herr Fröschen ergänzte, dass es in der Vergangenheit bereits im Kita-Bereich Probleme wegen des Rechtsanspruchs auf Betreuung für U3-Kinder gegeben habe und man dies umgehen wollte. Darauf entgegnete Herr Speuser, dass die Verwaltung die Veränderungen in diesem Bereich immer berücksichtigt habe und entsprechend agiert hätte. Zudem handele es sich bei diesem geforderten Raumnachweis um eine Angelegenheit der Verwaltung. Herr Mesaros erläuterte, dass es im Kita-Bereich einen sprunghaften Anstieg der zu betreuenden Kinder aufgrund des Rechtsanspruchs gegeben habe, dies sei bei der OGS-Betreuung nicht der Fall. Ungehindert dessen, könne man vorausschauend vorgehen. Herr Benden wandte ein, dass Fr. Knickmeier-Soudani schon darauf hingewiesen habe, dass die für die OGS-Betreuung zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten nicht immer ausreichend seien. Der Antrag sei daher nicht unbegründet.

Herr Banzet fragte nach, wie hoch der Aufwand für die Verwaltung sei, einen solchen Raumnachweis zu erstellen. Daraufhin gab Herr Brunen, dass die Schulentwicklungsplanung auch ohne den gestellten Antrag zu erledigen sei. Hierbei sei eine vorausschauende Planung unabdingbar. Der vorangestellte Vergleich zwischen dem Rechtsanspruch im Kita-Bereich und nun für die OGS-Betreuung könne nicht aufrechterhalten werden. Der Rechtsanspruch ab dem Jahr 2025 werde im Blick gehalten. Allerdings habe es für den Ausbau der Kindertagesbetreuung diverse Förderprogramme gegeben, die man aufgrund der Vorgehensweise habe nutzen können. Wäre noch frühzeitiger geplant worden, hätte man diese Fördergelder nicht erhalten. Dies solle für die OGS-Betreuung ebenfalls geschehen um den städtischen Haushalt zu entlasten.

Beschlussvorschlag:

- Die Verwaltung erarbeitet zeitnah einen differenzierten Raumbestands- und Raumbellegungsnachweis der städtischen Grundschulen und schreibt diesen regelmäßig schuljahresbezogen fort.
- In diesem werden Räume differenziert nach Klassenräumen, Fachräumen, OGS - Räumen, Räumen der gemeinsamen Nutzung, Verwaltungsräumen und Technikräumen dargestellt.
- Der erarbeitete differenzierte Raumbestands- und Raumbellegungsnachweis der städtischen Grundschulen wird dem Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur in der Sitzung am 12.11.2020 vorgestellt.
- Der fortgeschriebene Raumbestands- und Raumbellegungsnachweis wird dem Fachausschuss jährlich vorgestellt.
- Frühzeitig stellt die Verwaltung dem Fachausschuss die daraus resultierenden Maßnahmen zur bedarfsgerechten Planung an den städtischen Grundschulen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**TOP 6 Beratung und Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen sowie zur Art und dem Umfang der Nutzung beim Anbau eines Bürgerhauses an die Turnhalle in Teveren
Vorlage: 1921/2020**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 7 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Die Sitzung wurde um 19:55 Uhr beendet.

Gez. Benden

Vorsitzender

Gez. Brockmann

Schriftführerin